

zusammen. Die NDPD war eine Möglichkeit für ehemalige Mitglieder der NSDAP und Wehrmachtsoffiziere, ihre Loyalität gegenüber der neuen Ordnung unter Beweis zu stellen. Beide Parteien bewegten sich von Anfang an streng auf der Linie der SED. Aber auch in der CDU und der LDP dominierte seit 1948 der vorauseilende Gehorsam.

Dabei waren einige Mitglieder dieser Blockparteien durchaus in repräsentativen Funktionen tätig. Die Apparate der befreundeten Parteien waren nahtlos in das SED-System eingebunden, ihre Funktionäre und Mandatsträger waren als Kader in der SED-Nomenklatur erfasst, es gab von ihnen weder eine versteckte noch eine offene Kritik am System, oft versuchten sie sogar die SED links zu überholen, um besondere Treue unter Beweis zu stellen. Sie wurden im Volksmund oft Blockflöten genannt und mehr verachtet als die Funktionäre der SED. Das schließt nicht aus, dass viele Mitglieder der Blockparteien mit ihrer Mitgliedschaft einen Rest von Eigenständigkeit gegenüber dem System retten wollten.

STAATSGRÜNDUNG UND AUFBAU DES SOZIALISMUS (1949 – 1953)

Staatsgründung

Im Grunde waren bereits 1948 die Weichen in Richtung doppelte Staatsgründung gestellt. Am 20. März 1948 verließen die sowjetischen Vertreter den Alliierten Kontrollrat und machten dadurch das formal oberste Machtorgan in Deutschland handlungsunfähig. Die Währungsreform in den westlichen Zonen zerriss Deutschland wirtschaftlich. Im Westen standen die Zeichen auf Marktwirtschaft, im Osten hatte sich eine zentrale staatliche Planung auf der Basis des Staatseigentums etabliert. Die Einführung der neuen Währung in den Westsektoren von Berlin bildete den Anlass für die **Sowjetunion**

am 16. Juni auch die alliierte Kommandantur in Berlin zu verlassen. Zwei Tage später senkten sich die Schlagbäume rund um West-Berlin. Die Stadt sollte ausgehungert werden, um dann in den östlichen Machtbereich eingegliedert zu werden. Die Antwort der Amerikaner war die Luftbrücke, über die West-Berlin bis zum 12. Mai 1949 mit allen lebensnotwendigen Gütern versorgt wurde.

Unterdessen machte die Weststaatsgründung Fortschritte. Der Parlamentarische Rat verabschiedete ein Grundgesetz, das am 23. Mai 1949 verabschiedet wurde. Am 14. August 1949 fand die erste Bundestagswahl statt, die mit einem überraschenden Erfolg der CDU (31 Prozent) endete. Die SPD, die sich moralisch und historisch als die führende Kraft der neuen Demokratie sah, wurde mit 29,2 Prozent auf den zweiten Platz verwiesen und von der Regierungsbildung ausgeschlossen. Erster Bundeskanzler wurde mit der denkbar knappsten Mehrheit von einer Stimme Konrad Adenauer, und er sollte es bis 1963 bleiben. Adenauer war die prägende Figur jener anderthalb Jahrzehnte bundesdeutscher Geschichte. Seine Grundhaltung war konservativ, bürgerlich, rheinländisch und katholisch. Seine Deutschlandpolitik setzte absolut auf die Westintegration. Allein die sichere Verankerung im Bündnis mit Westeuropa und den USA schien ihm eines fernen Tages die Chance auf eine Wiedervereinigung zu bieten. Für die SED-Propaganda war Adenauer die Hassfigur Nummer eins. Er war der Mann der Restauration und der Revanche, der Förderer der alten Nazis und Erfüllungsgehilfe des US-Imperialismus. Zunächst war er vor allem der »Spalter Deutschlands«. Denn unbestreitbar ist, dass alle maßgeblichen Schritte der Teilung zuerst vom Westen vollzogen wurden. Die Integration des weitaus größeren Teils Deutschlands in das westliche Bündnis lag nicht im Interesse der Sowjetunion. Für sie wäre ein blockfreies und entmilitarisiertes Deutschland politisch wünschenswert gewesen. Es lag also in der Logik sowjetischer Großmachtinteressen, dass die Ostseite alles versuchte, die Teilung zu verhindern. Die Gründung der DDR trug alle Züge einer politi-

schen Replik. Erst nachdem die Regierungsbildung unter Führung der CDU in Bonn am 20. September 1949 vollendet ist, proklamiert sich der Deutsche Volksrat zur Provisorischen Volkskammer der DDR. Der Deutsche Volksrat war willkürlich zusammengestellt und ohne demokratische Legitimation. Insofern litt die DDR seit dem ersten Tag ihrer Existenz an einem Legitimationsdefizit, das sie bis 1989 nicht auszugleichen vermochte. Von Anfang an waren alle Abstimmungen der Volkskammer einstimmig, so auch die Wahl von Wilhelm Pieck zum ersten Präsidenten der DDR am 11. Oktober 1949. Der unüberbrückbare Grundkonflikt zwischen den beiden nun gegründeten deutschen Staaten brachte Pieck auf seine Weise treffend zum Ausdruck. Er lobte die »Einmütigkeit der Parteien und Organisationen« in der DDR, die sich »würdig abhebt von dem traurigen Bild, das der westdeutsche Bundestag und die westdeutsche Bundesregierung in dem hässlichen Widerstreit des Parteiegoismus der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie bieten«.

Ganz in diesem Sinne wählte die Volkskammer am folgenden Tag Otto Grotewohl einstimmig zum ersten Ministerpräsidenten des neuen Staates. Am 14. Oktober erhielt die Regierung ihren förmlichen Segen von Stalin, der die Staatsgründung in einem Telegramm einen »Wendepunkt in der Geschichte Europas« nannte. Es war jedermann klar, dass die Regierungsbildung auf Weisung Moskaus erfolgt war. Ob die Sowjetführung mit der Lösung sehr glücklich war, ist eine andere Frage. Sie hatte wohl angesichts der Weststaatsgründung keine andere Wahl mehr. Trotzdem versuchte die Sowjetunion immer wieder, die Integration der Bundesrepublik in das westliche Bündnis zu hintertreiben. Möglichweise wäre sie sogar bereit gewesen, für dieses Ziel die DDR zu opfern. Am 10. März 1952 bot die Sowjetunion formal die Wiedervereinigung Deutschlands zum Preis der Neutralität an. Die Westmächte und demzufolge auch die Bonner Regierung erklärten dieses Angebot zum Propagandatricks und waren nicht bereit, mit der Sowjetunion ernsthaft zu diskutieren.

Der Kalte Krieg und die DDR

Im Jahre 1952 war der Kalte Krieg zum politischen Dauerfrost geworden. In Moskau regierte der greise Generalissimus Josef Stalin mit diktatorischer Härte, in den USA war im November 1952 der Weltkriegsgeneral und NATO-Oberbefehlshaber Dwight D. Eisenhower zum Präsidenten gewählt worden. Er hatte versprochen, den Kommunismus zurückzurollen. »Roll-Back-Strategie« nannte er das und es gab keinen Anlass, daran zu zweifeln, dass diese Ankündigung ernst gemeint war. Seit 1950 führten das kommunistische Nordkorea, unterstützt von der Volksrepublik China, und das proamerikanisch orientierte Südkorea Krieg. 1952 war die Front entlang des achtunddreißigsten Breitengrades zum Stehen gekommen und es herrschte ein labiler Waffenstillstand. Doch immer noch war die Gefahr eines neuerlichen Waffenganges sehr groß. Der Korea-Krieg war in der ganzen Welt von einem beiderseitigen Propagandagetöse begleitet worden. Wo auch immer sich die Anhänger des »Weltfriedenslagers« versammelten, wurde der Kampf gegen den US-Imperialismus und die Unterstützung des tapferen koreanischen Volkes beschworen. Umgekehrt nutzten die Verfechter der Wiederaufrüstung in der Bundesrepublik die Bilder und Nachrichten vom koreanischen Kriegsschauplatz, um das Gespenst der kommunistischen Bedrohung an die Wand zu malen.

Am 1. November 1952 zündeten die Amerikaner auf dem Eniwetok-Atoll in der Südsee ihre erste Wasserstoffbombe. An Zerstörungskraft überstieg diese neue Waffe die Atombomben von Hiroshima und Nagasaki um ein Vielfaches. Erstmals in der Weltgeschichte existierte die reale Gefahr der Selbstausslöschung der Menschheit durch von Menschen geschaffene Waffen.

Noch waren die beiden deutschen Staaten formal nicht Mitglied der jeweiligen Militärrallianzen und noch verfügten sie über keine eigenständigen Armeen. Doch in der DDR wie in der Bundesrepublik

waren die Weichen längst auf Remilitarisierung gestellt. Zur »Verteidigung des Friedens« wurden in der DDR seit 1952 Einheiten der Kasernierten Volkspolizei aufgestellt, und die Bundesregierung unterzeichnete am 27. Mai 1952 in Paris den Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG), in deren Rahmen ein deutsches Heer mit 407 000 Mann geschaffen werden sollte.

Im März 1952 offerierte die Sowjetführung den Westmächten den überraschenden Vorschlag, im Rahmen eines Friedensvertrages die Wiedervereinigung Deutschlands zu akzeptieren. Deutschland sollte neutral sein, aber das Recht haben, eine eigene Armee aufzustellen. Die Bonner Regierung unter Konrad Adenauer sah in dem Angebot nichts als eine Falle der Kommunisten und wies in Abstimmung mit den Regierungen in London, Paris und Washington die so genannte Stalin-Note zurück. Die sozialdemokratische Opposition meinte, man solle gegenüber den Russen wenigstens die Möglichkeiten ausloten, und ihr wortgewaltiger Vorsitzender Kurt Schumacher warf in den letzten Reden vor seinem Tode der Regierung Adenauer vor, die Einheit der Nation zugunsten der Westintegration aufgegeben zu haben. Zwischen Opposition und Regierung wehte in der Bundesrepublik der frühen fünfziger Jahre ein scharfer Wind. Doch zwischen den beiden deutschen Staaten hatte die Propaganda längst die Grenze zur Dauershysterie überschritten. Es gab keine Verdächtigung und Beschimpfung, die nicht ausgetauscht worden wäre. Die Bonner Bundesrepublik war für die SED-Propaganda nichts als eine Neuauflage des Nazireiches mit gewandelten Methoden aber gleichen Zielen. Für den Westen war die DDR ein Abklatsch des mörderischen und brutalen Sowjetsystems. Sieben Jahre nach der furchtbaren Katastrophe von 1945 herrschten in Deutschland Säbelgerassel, Kriegsangst und stupide Propaganda. Jeder Kritiker in den eigenen Reihen wurde als Erfüllungsgehilfe der Gegenseite diffamiert. Zwischen den Fronten des Kalten Krieges schien es für die Deutschen in jenen Jahren kaum Spielräume, sondern nur die Entscheidung für eine der beiden Seiten gegeben zu haben.

Planmäßiger Aufbau des Sozialismus

In dieser Situation versammelte sich vom 9. bis 12. Juli 1952 in der Ost-Berliner Werner-Seelenbinder-Halle die II. Parteikonferenz der SED. Die Delegierten waren nicht ordnungsgemäß gewählt, sondern eilig zusammengetrommelt worden. Deswegen bezeichnete sich die Funktionsversammlung als Parteikonferenz und nicht als Parteitag. Das Grundsatzreferat hielt Walter Ulbricht, der als Generalsekretär unangefochten die Nummer eins der Parteihierarchie war. Die Delegierten ließen die wortwörtlich vorgetragene zweihundert Seiten lange Rede geduldig über sich ergehen. Doch nach sechs Stunden steigerte sich die monotone Fistelstimme Ulbrichts zu einem überraschenden dramatischen Höhepunkt. Feierlich erregt verkündete der Generalsekretär: »In Übereinstimmung mit den Vorschlägen aus der Arbeiterklasse, aus der werktätigen Bauernschaft und aus anderen Kreisen der Werktätigen hat das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei beschlossen, der zweiten Parteikonferenz vorzuschlagen, dass in der Deutschen Demokratischen Republik der Sozialismus planmäßig aufgebaut wird.« Das Protokoll verzeichnet: »Die Delegierten und Gäste erheben sich von den Plätzen, spenden lang anhaltenden Beifall und bringen Hochrufe auf das ZK der SED aus.«

Nach dem minutenlangen Jubel, der ausführlich in dem Filmbeitrag des wöchentlichen Augenzeugen dokumentiert wurde, setzte Ulbricht seine Rede mit dem bemerkenswerten Satz fort: »Das Hauptinstrument bei der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus ist die Staatsmacht... . Es ist zu beachten, dass die Verschärfung des Klassenkampfes unvermeidlich ist und die Werktätigen den Widerstand der feindlichen Kräfte brechen müssen.« Mit diesem Bekenntnis ließ der Generalsekretär gewissermaßen die Katze aus dem Sack. Es war eine Art Kriegserklärung an das eigene Volk.

Denn was bedeutete eigentlich die Ankündigung des »planmäßigen Aufbaus des Sozialismus«, nachdem die Führung schon seit

Jahren verkündete, unter dem Banner Stalins von Sieg zu Sieg zu schreiten? Nach der Enteignung des Großgrundbesitzes durch die Bodenreform 1945 und die Verstaatlichung der Industrie waren nach marxistisch-leninistischer Theorie die ökonomischen Grundlagen des Sozialismus bereits geschaffen. Die Macht lag in den Händen der Partei, die Massenorganisationen waren entmündigt und die Gewerkschaft zum »Transmissionsriemen« der Parteipolitik degeneriert. Kunst und Literatur waren auf den »Kampf gegen den bürgerlichen Formalismus« eingeschworen, Presse und Rundfunk dienten allein der Parteipropaganda, und jede abweichende Meinung wurde verfolgt und hart bestraft. Was also fehlte noch zum Sozialismus?

Die Verkündungen Ulbrichts auf der II. Parteikonferenz sollten der Welt und der eigenen Bevölkerung verkünden, dass die Zeit der deutschlandpolitischen Rücksichtnahmen vorbei sei. Im Zusammenhang mit den Stalin-Noten war viel von gesamtdeutschen Wahlen die Rede gewesen. Selbst unverbesserliche Optimisten in den Reihen der SED hatten an solche Wahlen kaum große Hoffnungen knüpfen können. Für »Pankow« – wie man im Westen die SED-Regierung nach dem Amtssitz von Wilhelm Pieck gerne nannte – hätten sich im Falle der Annahme der sowjetischen Vorschläge eher trübselige Perspektiven eröffnet. Die faulen Kompromisse also waren vom Tisch und den führenden Genossen der SED allseits hörbar ein Stein vom Herzen gefallen. Nun signalisierte Walter Ulbricht Freund und Feind: Wenn es jemals eine Wiedervereinigung Deutschlands geben wird, dann allein nach den Vorstellungen der SED. Langfristig – so glaubten Ulbricht und seine Genossen – wäre der Sozialismus von solcher Anziehungskraft, dass sich eines Tages Deutschland unter ihrer Führung vereinigen würde.

Kollektivierung der Landwirtschaft

Während der II. Parteikonferenz verkündete Ulbricht: »In einigen Dörfern gibt es schon seit längerer Zeit landwirtschaftliche Produktions-

genossenschaften, deren Mitglieder den Boden gemeinsam bestellen und zum Teil auch das Zugvieh wie Pferde, Ochsen usw. gemeinsam halten... Das Zentralkomitee unserer Partei hat die Briefe der werktätigen Bauern aus bäuerlichen Produktionsgenossenschaften sorgfältig studiert und ist der Meinung, dass die Schaffung bäuerlicher Produktionsgemeinschaften auf der Grundlage der völligen Freiwilligkeit einen großen Fortschritt bedeutet.«

Die Weichen waren also gestellt für die sozialistische Umgestaltung auf dem Lande. Doch in der Praxis häuften sich die Schwierigkeiten. Am 31. Dezember 1952 bestanden nach offiziellen Angaben zwar 1906 Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften mit 37000 Mitgliedern. Allein im Januar 1953 bildeten sich 400 weitere. Doch trotz dieser eindrucksvollen Zahlen hatten sich erst 3,2 Prozent der Einzelbauern entschlossen, einer Genossenschaft beizutreten. Hinzu kam, dass davon nur zehn Prozent Altbauern waren. Es herrschte also die Tendenz vor, dass sich wirtschaftlich kaum lebensfähige Kleinbetriebe zusammenschlossen, um die Vorteile bei der Bereitstellung von Saatgut und Technik zu nutzen. Die Inhaber erfolgreicher Bauernwirtschaften beriefen sich auf das verkündete Prinzip der Freiwilligkeit. Die Neigung zur Aufgabe des Hofes war unter den Bauern ausgesprochen gering. Also wurde der administrative Druck verschärft. Wo der Erfolg freiwilliger Überzeugungsarbeit ausblieb, halfen Einschüchterung und Klassenkampfparolen. Vom 1. August 1952 bis zum 31. Januar 1953 wurden ungefähr 1200 Gerichtsverfahren gegen Bauern durchgeführt. Zwar handelte es sich bei weniger als der Hälfte dieser Fälle um Großbauern, doch die SED hatte wieder ein Feindbild, das für alle Schwierigkeiten verantwortlich war. »Der sich mit Bildung der Produktionsgenossenschaften vollziehende Klassenkampf auf dem Lande«, sagte Ulbricht im April 1953 während einer internen Sitzung von Landwirtschaftsfunktionären, »macht es erforderlich, die werktätigen Bauern in ihrem Kampf gegen die sabotierenden großbäuerlichen Elemente, gegen die Agenten und Kriegs-